

Es ist wichtig, dass in allen offiziellen Dokumenten in Wiesbaden gendergerechte Sprache genutzt wird.

Wir stehen für einen respektvollen Umgang miteinander. Dabei folgen wir dem Leitsatz „Behandle andere so, wie du selbst behandelt werden willst!“. Jeder Mensch verdient Respekt. Dabei spielt weder die Herkunft, Religionszugehörigkeit, sexuelle Orientierung, die Weltanschauung eine Rolle, so lange Rechte anderer Menschen nicht verletzt werden. Die gendergerechte Sprache zählt zu einer Form des Respekts.

Auf dem Taunuskamm sollten Windräder entstehen.

Erneuerbare Energien sind wichtig für Klimaschutz und Unabhängigkeit. Standorte müssen aber naturverträglich geplant und Bürger beteiligt werden.

In Wiesbaden gibt es bereits genug Tempo-30-Zonen.

Ein friedliches und sicheres Miteinander hat für uns die oberste Priorität. Aus diesem Grund unterstützen wir Tempo-30-Zonen in der Nähe von Schulen, Kindergärten, dichtbewohnten Gebieten, der Einkaufsmeile und religiösen Gebäuden, sowie in der Nähe von Messegebäuden. Allerdings können zu viele Tempo-30-Zonen das sichere Miteinander stören, indem der Verkehr unnötigerweise ausgebremst oder verlangsamt wird. Wir unterstützen eine sinnvolle Stadtplanung, die ein Gleichgewicht zwischen den Bedürfnissen aller im Alltag teilnehmender Personen darstellt.

Wiesbaden sollte mehr sparen.

Wiesbaden sollte verantwortungsvoll mit Geld umgehen und an den richtigen Stellen sparen. Wir sollten für die Zukunft, die Infrastruktur und die Lebensqualität aller Bürger investieren. Aus diesem Grund sind wir für eine sinnvolle Sparpolitik. Es darf nicht in der Bildung, bei den Sozialleistungen, der Infrastruktur und dem Kultur, Sport und Freizeitangebot gekürzt werden.

Wiesbaden sollte zusätzliche Geflüchtete aufnehmen.

Geflüchtete sollten in Wiesbaden weiterhin vorrangig dezentral untergebracht werden.

Es liegt per se nicht in der Entscheidungsmacht einer Kommune mehr oder weniger Flüchtlinge aufzunehmen. Wir sind jedoch dafür, dass weniger Flüchtlinge aufgenommen -, die aufgenommenen Flüchtlinge dafür besser behandelt werden. Zusätzlich sind wir für eine faire Verteilung der aufgenommenen Flüchtlinge innerhalb von Deutschland, aber auch in Europa. Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und humanitären Katastrophen fliehen, brauchen Schutz – das ist Teil unserer gesellschaftlichen Verantwortung. Gleichzeitig darf Aufnahme nicht unkoordiniert erfolgen. Sie muss mit ausreichendem Wohnraum, Bildungsangeboten, Sprachförderung und sozialer Begleitung verbunden sein, damit Integration gelingt und Kommunen nicht überfordert werden. Erfolgreich integrierte Menschen stärken langfristig auch den Arbeitsmarkt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Entscheidend ist deshalb nicht Abschottung, sondern eine gesteuerte, gut ausgestattete Integrationspolitik.

In Wiesbaden sollten mehr Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen ausgewiesen werden.

Bezahlbarer Wohnraum sollte in Demokratien ein Grundrecht sein. Öffentliche und private Investitionen müssen gezielt in den Wohnungsbau fließen. Hierzu werden wir die Bauverfahren erleichtern und beschleunigen, die Grundsteuer senken und die Grunderwerbsteuer streichen. Insbesondere jungen Familien mit geringem Eigenkapital werden wir durch KfW-Kredite helfen. Die Hypothekenzinsen werden steuerlich absetzbar sein. Es muss möglich sein, mit 10 Prozent Eigenkapital eine Wohnung oder ein Haus zu bauen oder zu erwerben.

Das Stadtmuseum sollte in die ehemalige Sportarena in der Fußgängerzone einziehen.

Die Stadt Wiesbaden sollte das leerstehende Galeria-Gebäude in der Langgasse kaufen.

Die Stadt Wiesbaden sollte das Palasthotel am Kochbrunnen an einen Investor verkaufen und nicht selbst entwickeln.

Grundsätzlich sind wir für die Belebung der Innenstadt und finden unterschiedliche Initiativen zur Belebung wichtig. Entscheidend ist eine sinnvolle Nutzung mit Arbeit, Kultur und öffentlichem Mehrwert.

Auf dem Mauritiusplatz sollten weiterhin Formate wie die Winterstubb oder der Sommermarkt stattfinden.

Veranstaltungen wie die Wiesbadener Winterstubb oder ein Sommermarkt auf dem Mauritiusplatz tragen wesentlich zu einer lebendigen und attraktiven Innenstadt bei. Sie schaffen Orte der Begegnung, stärken die lokale Gastronomie und den Einzelhandel und machen den öffentlichen Raum für Bürgerinnen und Bürger erlebbar. Solche Formate fördern das Gemeinschaftsgefühl und beleben das Stadtleben. Wir unterstützen solche Formate.

Die Stadtpolizei sollte künftig mit Pfefferspraypistolen ausgestattet werden.

Unsere Politik orientiert sich an Deeskalation und Schutz der Menschenwürde, sowie der körperlichen Unversehrtheit. Trotz unseren großen Respekts für den täglichen Einsatz tausender Polizisten zum Schutz der Bürger, können wir nicht ignorieren, dass auch die Polizeigewalt gegenüber unserer Bevölkerung steigt. Mit darunter gegen Migranten und Andersdenkende, die eine andere Meinung vertreten, als die Regierung und dagegen demonstrieren. Aus diesem Grund sind wir gegen die weitere Ausstattung unserer Stadtpolizei und für Präventionsmaßnahmen.

Die Stadt Wiesbaden sollte sich für eine Stärkung des Busnetzes einsetzen und die äußeren Stadtteile besser anbinden (z.B. Wiedereinführung der Ostlinien).

Während das Busnetz in der Innenstadt eine gute Anbindung anbietet, kommt es leider aufgrund von Personalmangel zu größeren Lücken im Fahrplan in den äußeren Stadtteilen. Um eine kostengünstigere und langfristig klimafreundlichere Zukunft zu gestalten und den Verkehr in der Innenstadt zu reduzieren, ist ein Ausbau der Struktur, mit allem voran der Einstellung weiteren Personals mit attraktiveren Angeboten nötig.

Der Leerstand von bewohnbaren Wohnungen sollte aktiv bekämpft werden.

Ja, der Leerstand von bewohnbaren Wohnungen sollte aktiv bekämpft werden. Gerade in einer Stadt wie Wiesbaden, in der Wohnraum knapp und teuer ist, ist es nicht vertretbar, dass Wohnungen über längere Zeit ungenutzt bleiben. Jede leerstehende Wohnung verschärft die Situation für Menschen, die dringend Wohnraum suchen. Die Stadt sollte daher Maßnahmen ergreifen, um Leerstand zu erfassen, Eigentümer zur Nutzung zu motivieren und – wenn nötig – rechtliche Instrumente einsetzen, damit Wohnraum wieder dem Wohnungsmarkt zur Verfügung steht

In Wiesbaden sollte es mehr autofreie Zonen geben.

Um den Verkehr zu entlasten, sind bessere Anbindungen an weiter außen gelegene Ortschaften nötig. Sobald das Busnetz besser ausgebaut wird, wird sich der Verkehr entlasten. Im Anschluss daran sind für die Zukunft autofreie Zonen, die die Durchfahrt der öffentlichen Verkehrsmittel erlauben, möglich. Somit kann für eine Geräuschreduktion, eine erhöhten Verkehrssicherheit und auch eine klimafreundlichere Verkehrspolitik gesorgt werden. Nichts desto trotz sollten autofreie Zonen sinnvoll eingesetzt werden und die Freiheit des einzelnen Bürgers nicht einschränken.

Kulturangebote sollen durch die Stadt Wiesbaden stärker gefördert werden.

Kultur ist ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens und trägt wesentlich zur Lebensqualität einer Stadt bei. Sie schafft Räume für Begegnung, Austausch, Kreativität und Wachstum und stärkt zugleich die lokale Identität. Wir sind für die Förderung des Kulturangebots.

Die Stadt Wiesbaden sollte stärker gegen Wildschweine im Stadtgebiet vorgehen und sich an der Abschussprämie des Landes Hessen beteiligen.

Auch wenn Maßnahmen im Umgang mit Wildschweinen ergriffen werden sollten, steht der Tierschutz und eine artgerechte Behandlung an erster Stelle. Daher liegt unser Schwerpunkt an der Prävention oder alternativen Lösungen, die den Menschen, aber auch die Tiere schützt. Hierzu ist es nötig den Rat von Fachmännern aus den benötigten Berufsgruppen heranzuziehen, um eine langfristige Lösung zu finden.

Der Ausbau von Radwegen in Wiesbaden sollte nicht zu Lasten des Autoverkehrs gehen.

Nach dem Bürgerentscheid gegen die Citybahn sollte der Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs (z.B. Aartalbahn) weiterverfolgt werden.

Wiesbaden sollte mehr für den Schutz der kritischen Infrastruktur sein.

Der Bau einer Straßenbahn im Wiesbadener Stadtgebiet sollte weiter vorangetrieben werden.

Unser Ziel ist die Erleichterung des Lebens aller Bewohner innerhalb von Wiesbaden. Auch wenn wir langfristig eine klimafreundlichere Politik verfolgen, ist uns bewusst, dass Wiesbaden noch nicht für einen größeren Ausbau an Radwegen bereit ist. Und Mobilität muss ausgewogen sein. Wo möglich, sollte Raum neu verteilt werden - ohne Pendler, Familien oder Gewerbe zu benachteiligen.

Wiesbaden sollte verstärkt Projekte gegen Rechtsextremismus fördern.

Wiesbaden sollte verstärkt Projekte gegen Linksextremismus fördern.

Rassismus ist kein neuzeitliches Problem. Allerdings können wir in den letzten Jahren einen erhöhten Anstieg an rechtsextremistisch motivierten Straftaten erkennen. Wir sind für eine Förderung von Projekten gegen Rechtsextremismus und auch allen Arten des Extremismus. Denn Extremismus jeder Art gefährdet die Demokratie. Prävention sollte alle Formen berücksichtigen.

Die EU schränkt den Handlungsspielraum der Kommunen zu sehr ein.

In Wiesbaden sollten mehr Entscheidungen direkt durch die Bürger getroffen werden.

Viele EU-Vorgaben schützen Umwelt, Verbraucher und Arbeitnehmer.

Auch wenn die EU nicht in jeden Bereich eingreift, stehen wir für eine direkte Demokratie. Wir sind für mehr Bürgerbeteiligung durch Volksabstimmungen und Bürokratieabbau. Damit Demokratie ihrem Namen gerecht werden kann.

Die Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum in Wiesbaden sollte erhöht werden.

Wichtige Plätze und Straßen in Wiesbaden sollten videoüberwacht sein.

Sicherheit entsteht nicht allein durch mehr Kontrolle, sondern durch Prävention, soziale Stabilität und gute Perspektiven. Statt vor allem auf höhere Polizeipräsenz zu setzen, wollen wir Jugendarbeit, Sozialarbeit, Quartiersprojekte und Präventionsangebote stärken, um Konflikte frühzeitig zu verhindern und das Sicherheitsgefühl nachhaltig zu verbessern. Gleichzeitig ist der Schutz persönlicher Daten und der Privatsphäre für uns ein hohes Gut, das nicht leichtfertig eingeschränkt werden darf.

Hier lebende Nicht-EU-Ausländer sollten das Wahlrecht zur Kommunalwahl erhalten.

Wer hier bereits eine gewisse Zeit lebt, arbeitet und Steuern zahlt, sollte über lokale Politik mitbestimmen dürfen. Das stärkt Integration und Demokratie.

Der Klimaschutz sollte bei kommunalpolitischen Entscheidungen eine größere Bedeutung haben als wirtschaftliche Erwägungen.

Klimaschutz ist kein Gegensatz zu wirtschaftlicher Entwicklung, sondern Voraussetzung für eine zukunftsfähige Stadt. Investitionen in Energieeffizienz, nachhaltige Mobilität und klimagerechtes Bauen sichern langfristig Lebensqualität, senken Kosten und schaffen neue Arbeitsplätze. Wenn Zielkonflikte entstehen, müssen ökologische Verantwortung und die Zukunft kommender Generationen höher gewichtet werden als kurzfristige wirtschaftliche Vorteile.

Das Mindestalter bei Kommunalwahlen sollte auf 16 Jahre gesenkt werden.

Jugendliche sind betroffen von Bildung, Klima und Stadtentwicklung und sollten mitentscheiden dürfen.

Muslimische Gebetsräume bzw. Moscheen sollten keine prominenten Plätze im Stadtbild einnehmen.

Religionsfreiheit und Gleichbehandlung gehören zur Stadtgesellschaft. Moscheen sind Teil des öffentlichen Lebens – genauso wie Kirchen oder Synagogen – und dürfen sichtbar sein.

Das Wahlsystem zur Kommunalwahl mit Kumulieren und Panaschieren ist zu kompliziert.

Kumulieren und Panaschieren bietet Mitbestimmung, ist aber erklärungsbedürftig.

Mehr Aufklärung oder Vereinfachung wäre sinnvoll.

Bei Führungspositionen in der öffentlichen Verwaltung und den kommunalen Unternehmen von Wiesbaden sollte es eine paritätische Besetzung der Geschlechter geben.

Chancengleichheit verbessert Entscheidungen und Vorbildfunktion. Auswahl muss weiterhin qualifikationsbasiert erfolgen.